

Wie sich Rechts- und Linksaußen im Antisemitismus treffen

Im bei uns inzwischen ganz offen zu Schau gestellten und praktizierten Antisemitismus sind sich die Parteien rechts- und linksaußen sehr ähnlich. Die Motive und Herleitungen sind bei AfD und Linke zwar unterschiedlich, aber im Ergebnis trifft man sich wieder.

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) beschreibt Antisemitismus als verallgemeinernde Sichtweise, bei der Juden als Gruppe betrachtet werden, anstatt ihre individuelle Vielfalt und Einzigartigkeit anzuerkennen. Antisemitismus beginnt demnach dort, wo Eigenschaften von Einzelpersonen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit abgeleitet werden und umgekehrt.

Die Linke und der postkoloniale Antisemitismus

Linksaußen macht in diesem Sinn alle Juden für das Verhalten der israelischen Regierung haftbar. Dabei bedient man sich besonders des Freund-Feind-Schemas einer postkolonialistischen Ideologie. Dazu legt Michael Mertes in seiner Analyse „Muslimischer Antisemitismus und „Israelkritik“ 2023 dar: „Der Postkolonialismus will Bewusstsein verändern, indem er ein bestimmtes „Framing“ propagiert. Es geht um Legitimierung und De-Legitimierung. So lassen sich aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer machen. Israel und das Judentum stehen im Zentrum dieser Bemühungen: Juden sind Weiße (mehr noch: besonders weiße Weiße), Araber sind Nichtweiße, „People of Colour“. Der Staat Israel ist eine Kolonie auf dem Territorium indigener Palästinenser. Der Holocaust wird – so die postkoloniale Erzählung – instrumentalisiert, um zu kaschieren, dass Israelis die Nazis von heute sind.“

So spalte sich die Linke „in einen universalistischen und einen postkolonial-identitären Flügel. Die universalistische Linke steht in Treue fest zum klassisch linken Glauben an die Gleichheit aller Menschen, die postkolonial-identitäre Linke unterteilt dagegen die Menschheit in strukturell unterdrückte und strukturell dominante Gruppen.“

Die postkoloniale Ideologie gründet dabei auf einem „biologistischen, völkisch anmutenden Kern“, der auch von Rechtsaußen als Legitimation herangezogen wird. Das bringen Saba-Nur Cheema und Meron Mendel in der FAZ am 17. August 2023 auf den Punkt: „[O]ffenbar legitimiert ein Tröpfchen Blut eines Vorfahrens aus egal welchem Jahrhundert, der einer (ehemals) verfolgten Minderheit angehörte, dich zu dieser Gruppe zugehörig zu fühlen – und du kannst für dich beanspruchen, authentisch im Namen der (ehemals) Verfolgten zu sprechen und die Mehrheitsgesellschaft anzuprangern.“

So verabschiedete der Bundeskongress der Linksjugend 2025 einen Beschluss zur Situation im Nahen Osten, der den angeblichen "kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts" verurteilt. Weiter heißt es darin, die Befreiung Palästinas müsse als Teil einer "sozialistischen Revolution betrachtet werden, die den Imperialismus und Kapitalismus aus der Region herauswirft". Der Landessprecher der Linksjugend in Rheinland-Pfalz Lucas H. postete ganz in diesem Sinne die Darstellung einer israelischen Flagge in Flammen mit dem Zusatz "Israel Verrecke!". Das knüpft direkt an den NS-Slogan „Juda verrecke“ an.

Es verwundert nicht, dass der ehemalige Landessprecher der Linksjugend Bayern Michael Uhlig, sagt: "Die Linksjugend hat sich zunehmend antisemitisch entwickelt." Leute wie er, die antisemitischen Aussagen widersprechen, seien in der Linksjugend mittlerweile in der Minderheit. Auch Hannah Akgül, Landessprecherin der Linksjugend Saarland konstatiert, es gebe "eine Menge Leute, die ein geschlossen antisemitisches Weltbild haben und auch in der Hinsicht nicht mehr aufklärbar sind".

Beim Bundesparteitag der Linken in Potsdam im Juni 2026 lehnte es ein Drittel der Delegierten ab, den Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 als "größten Massenmord an Jüdinnen und Juden nach dem Zweiten Weltkrieg" zu verurteilen. Zugleich stimmten ein Drittel der Delegierten bei diesem Parteitag offen gegen das Existenzrecht Israels. Der niedersächsische Landesverband der Linken hatte schon 2025 ausdrücklich beschlossen: „Die Linke Niedersachsen lehnt den heute real existierenden Zionismus ab.“

Die Lage ist so dramatisch, dass im Tagesspiegel am 28. März 2026 mit Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch drei prominente Vertreter der Linken in einem gemeinsamen Aufruf öffentlich die Israel-Gegner in der eigenen Partei kritisierten: "Wir wehren uns entschieden gegen Aktivistinnen und Aktivisten in unserer Partei und deren Umfeld, die sich antizionistisch nennen und eigentlich meinen, Israel solle von der Landkarte verschwinden.“

Antisemitismus als Grundmotiv der AfD

Für Rechtsaußen ist Antisemitismus völkisch-rassistisch begründet und eine Facette des Hasses gegen alle Minderheiten sowie des Versuches, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen. Zur DNA der AfD gehört dieser Hass gegen Minderheiten. Das betrifft auch Juden.

Die AfD nutzt dabei gezielt antisemitische Erzählungen sowie nationalsozialistische Codes. So knüpft das Geraune über globale, im Dunkeln agierende Eliten unmittelbar an Verschwörungstheorien an, die schon die Nazis nutzten. Typisch dafür ist die Aussage des AfD-Ehrenvorsitzenden Gauland: „Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.“ Im AfD-Grundsatzprogramm steht dementsprechend: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. ... Es handelt sich um ein politisches Kartell“.

Die AfD schreckt auch nicht davor zurück, jüdisches Leben in Deutschland unmöglich zu machen, und beantragte 2023 im Bundestag die Streichung religiöser Ausnahmen beim geltenden Schächtungsverbot. Solche Ausnahmen hatten zuletzt 1933 die Nationalsozialisten gestrichen.

Der Antisemitismus der AfD zeigt sich auch daran, dass sie die Erinnerung an den systematischen Völkermord an 6 Millionen Juden im Holocaust auslöschen möchte. So boykottierte die AfD im Bundestag und in Landtagen wiederholt demonstrativ Gedenkstunden zum internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar. Der AfD-Spitzenvertreter Höcke bezeichnet das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ und fordert „eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Sein enger Vertrauter Kubitschek spricht von einer „Vergiftung der Vergangenheit durch moralisierende Geschichtserzählung“. Der von der AfD hofierte österreichische Rechtsextremist Sellner plädiert für eine „Überwindung des Schuldkults“. Ganz in diesem Sinn 2017 beantragte die AfD in Baden-Württemberg, die Zuschüsse für die Gedenkstätte im französischen Gurs zu streichen – ein zentraler Erinnerungsort an die Deportation südwestdeutscher Juden.